https://www.spiegel.de/panorama/justiz/israel-gaza-krieg-fu-berlin-erstattet-nach-hoersaalbesetzung-20-anzeigen-wegen-hausfriedensbruchs-a-20aa456c-a687-44fc-8ef8-62806cb14cf4

Propalästinensischer Protest

FU Berlin erstattet nach Hörsaalbesetzung 20 Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs

Vor knapp zwei Wochen drangen Studierende in einen Raum der Freien Universität ein. Die Berliner Polizei beendete die propalästinensische Aktion. Nun gibt es für zahlreiche Teilnehmer Konsequenzen.

26.12.2023, 19.13 Uhr

Rund zwei Wochen ist es her, dass die Berliner Polizei einen Hörsaal der Freien Universität geräumt hat, nachdem propalästinensische Aktivisten und Studierende den Raum besetzt hatten. Jetzt ist bekannt geworden, dass die Hochschule in dem Zusammenhang eine Reihe von Strafanzeigen erstattet hat. Es seien 20 Anzeigen wegen Hausfriedensbruchs, teilte die Hochschule auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa mit.

Ein Bündnis von FU-Studierenden, das sich »Students for Free Palestine« nennt, hatte am 14. Dezember den Hörsaal besetzt. Auf dem Instagram-Kanal der Gruppierung wurden Bilder und Videos von dort veröffentlicht. Es waren unter anderem Palästinaflaggen und Plakate mit Aufschriften wie »Stoppt den Genozid« zu sehen.

Mehr zum Thema

Freie Universität Berlin: Besetzung durch Palästina-Aktivisten – Polizei räumt Hörsaal

Anti-Israel-Proteste an Universitäten: Die Abwrackung des gesellschaftlichen Miteinanders

Der SPIEGEL-Leitartikel von Philipp Oehmke

Es kam während der Besetzung nach FU-Angaben »vereinzelt zu Auseinandersetzungen« zwischen Kritikern der Veranstaltung und Teilnehmenden der Besetzung, weshalb man die

Polizei gerufen habe. Diese räumte den Hörsaal. Nach Kenntnisstand der FU erstattete auch die Polizei im Zuge der Besetzung eine Anzeige gegen eine Person wegen Beleidigung.

Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) hatte noch während der Besetzung gefordert, dass die Hochschulleitung dieser »ein Ende setze«. Sie sei »fassungslos«: »Für Israel- und Judenhass darf an deutschen Hochschulen kein Platz sein.«

Die FU erstattete nach eigenen Angaben noch drei weitere Strafanzeigen, die nicht in Verbindung mit der Besetzung stehen, jeweils gegen unbekannt: zwei wegen antisemitischer Schmierereien und eine wegen politischer Aussagen an einem Informationsstand. Darüber hinaus sei der Universität durch Zufall bekannt geworden, dass es im Zusammenhang mit einer körperlichen Auseinandersetzung und einem Antisemitismusvorwurf am 19. Dezember weitere drei Anzeigen gegeben habe.

Die Angaben zu sämtlichen Strafanzeigen bezogen sich auf die Zeit vom 18. Oktober bis 19. Dezember – wobei laut Uni nicht ausgeschlossen werden konnte, dass mögliche weitere nicht zentral bekannt wurden. Im RBB sprach FU-Präsident Günter Ziegler kürzlich auch davon, dass Hausverbote geprüft würden.
sol/dpa